



Elio Villa

Notariatskanzlei

Mendelgasse, 19
39100 Bozen (BZ)

Urkundenrolle Nr. **47.145** Sammlung Nr. **23.950**
PROTOKOLL DER VOLLVERSAMMLUNG DES VEREINES
"Verein SÜDTIROLER HERSTIFTUNG - ONLUS"

Italienische Republik

Am neunundzwanzigsten April zweitausendneunzehn

(29 - 4 - 2019)

In Tisens (BZ), Prissian Nr. 75, Salus Center, um
19.20.

Vor mir Dr. Elio Villa, Notar mit Amtssitz in Bozen, Mendelgasse Nr. 19, eingetragen im Notariatskollegium von Bozen, ohne Zeugenbeistand; auf welchen die Partei mit meiner Zustimmung verzichtet,

ist persönlich erschienen:

- BAUMGARTNER WALTER, geboren in Klausen (BZ) am 13. September 1956, mit Domizil für das Amt am Vereinssitz, italienischer Staatsbürger, nicht für sich selbst, sondern in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates und gesetzlicher Vertreter des Vereins- "**Verein SÜDTIROLER HERZSTIFTUNG - ONLUS**", in italienischer Sprache "**Associazione FONDAZIONE CUORE ALTO ADIGE - ONLUS**" mit Sitz in Tisens (BZ), Prissian, Salus Center n. 75, Steuernummer 91042800218, eingetragen in das Landesregister der juristischen Personen des Privatrechts unter Nr. 341.

Der Erschienene dessen persönlicher Identität, Eigenschaft und Vertretungsbefugnis ich Notar mir gewiss bin, ersucht mich Notar um Beurkundung des Verlaufes der außerordentlichen Vollversammlung des obengenannten Vereins, welche sich heute, an diesem Ort und zu dieser Stunde in zweiter Einberufung versammelt hat, um über folgende

TAGESORDNUNG

zu beschließen:

I. AUSSERORDENTLICHER TEIL

1) Änderung der Satzung des Vereines mit Anpassung derselben an die neuen rechtlichen Bestimmungen über den "Dritten Sektor" (D.Lgs. 117/2017);

II. ORDENTLICHER TEIL

(omissis)

Im Sinne des Art. 12 der Satzungen, übernimmt Herr BAUMGARTNER WALTER den Vorsitz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates, und erklärt dass:

a) die Versammlung im Sinne der Satzungen ordnungsgemäß mittels Einschreibebrief einberufen wurde;

b) Nr. 29 (neunundzwanzig) Mitglieder der insgesamt 799 (siebenhundertneunundneunzig) Mitglieder des Vereins entweder persönlich oder mittels Vollmacht anwesend sind und dass diese an der Versammlung teilzunehmen ermächtigt sind; hierzu übergibt mir der Präsident die Anwesenheitsliste, die die Identifizierung der Mitglieder und die eventuellen Vertretungen enthält, welche dieser Urkunde unter Anlage "**A**" beigelegt wird;

c) für das Verwaltungsorgan Herr BAUMGARTNER WALTER (Vorsitzender), Herr MAYRHOFER MICHAEL KARL (stellvertretender Vorsitzender), Frau PELLEGRINI CLAUDIA (stellvertretende Vorsitzende), sowie die Herren DRAHORAD WOLFGANG und ERB KARL anwesend sind;

d) für das Rechnungsprüferkollegium die Herren HELL ADOLF und LO-

Registriert in **Bozen**
am **17/05/2019**
unter Nr. **5795**
Serie **1T**
Euro **Esente**

NER OSWALD anwesend sind;

e) dass im Sinne des Art. 101, Absatz 2 des Kodex des Dritten Sektors (D.Lgs. 117/2017) für die Anpassungen der Satzungen an die neuen gesetzlichen Bestimmungen den "Dritten Sektors" die Modalitäten und Mehrheiten, wie für die ordentliche Vollversammlung vorgesehen, anzuwenden sind.

Der Präsident der Versammlung erklärt folglich die Versammlung für beschlußfähig und eröffnet diese mit der Behandlung der Tagesordnung.

Der Präsident der Versammlung eröffnet die Diskussion mit der Behandlung des ersten Punktes der Tagesordnung.

Herr BAUMGARTNER WALTER in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates erläutert der Versammlung die Gründe des Vorschlages zur Abänderung der Vereinssatzungen und erklärt den Anwesenden, dass hierbei alle vom Gesetz vorgesehenen Bestimmungen berücksichtigt worden sind.

Der Vorsitzende erläutert der Vollversammlung insbesondere, dass der Verein bis zur Eintragung in das "Einheitliche Nationale Register des Dritten Sektors - Registro Unico Nazionale del Terzo Settore - RUNTS" weiterhin den zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterliegt und, dass das Akronym "EO" für die Bezeichnung "Ehrenamtliche Organisation", in italienischer Sprache "ODV" für "Organizzazione di Volontariato", erst ab Eintragung in das Einheitliche Nationale Register des Dritten Sektors verwendet werden darf.

Daraufhin erläutert Frau BISAGLIA Dr. PETRA auf Anfrage des Vorsitzenden der Versammlung die neuen Satzungen; infolge ersucht der Vorsitzende die Versammlung darüber zur Abstimmung zu kommen.

Der Präsident erklärt mir, dass der Wille der Versammlung, bezüglich des ersten Punktes der Tagesordnung, nämlich der Annahme der neuen, an die gesetzlichen Bestimmungen angepassten Satzungen, mittels Handzeichen kundgetan worden ist und erklärt, dass die Versammlung den oben vorgeschlagenen Text der neuen Satzungen einstimmig genehmigt.

Der Präsident übergibt mir das neue Statut, das dieser Urkunde unter Anlage **"B"** beigelegt wird.

Schließlich beschließt die Vollversammlung, den Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter mit den weitestgehenden Befugnissen für die Durchführung der gefassten Beschlüsse auszustatten und zu ermächtigen alle Formalitäten, die zur Eintragung der gefassten Beschlüsse notwendig sind durchzuführen, auch mit der Befugnis, die für die Eintragung erforderlichen Änderungen, Streichungen und Einfügungen an vorliegender Urkunde und an den Satzungen vorzunehmen. Insbesondere beschließt die Vollversammlung den Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter mit der Eintragung des Vereines in das "Einheitliche Nationale Register des Dritten Sektors - Registro Unico Nazionale del Terzo Settore - RUNTS" zu beauftragen, sobald dieses Register eingeführt wird.

Nachdem die Ergebnisse der Wahl kundgegeben worden sind, erklärt der Präsident den außerordentlichen Teil der Versammlung um 19.40 Uhr für beendet.

Die Spesen vorliegender Urkunde gehen zu Lasten des Vereins.

Gegenständliche Urkunde ist im Sinne des Art. 82, Absatz 3 und Absatz 5

des Kodex des Dritten Sektors (D.Lgs. 117/2017) befreit von der Register- und Stempelgebühr.

Der Erschienene verzichtet auf die Verlesung der Anlagen und erklärt davon bereits in Kenntnis zu sein.

Vorliegende Urkunde wurde mit Computer von einer Person meines Vertrauens geschrieben sowie eigenhändig von mir ergänzt. Sie besteht aus zwei Bögen wovon fünf ganze Seiten beschrieben wurden und die sechste bis hier und wurde von mir dem Erschienenen vorgelesen, welche sie genehmigt.

Unterzeichnet wird um 19.45 Uhr.

F.TO BAUMGARTNER WALTER

L.S. ELIO VILLA



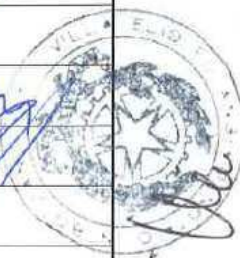
Südtiroler Herzstiftung
Fondazione Cuore Alto Adige
Verein Onlus Associazione

www.herzstiftung.org
www.fondazionecuore.org

Teilnehmerliste

zur Vollversammlung vom 29. April 2019

	Eingeladene Teilnehmer	Unterschrift
	(Name, Vorname)	der Teilnehmer
1	THOMAS BRUNNER	Th Br
2	Götsch Johann	Joh Götsch
3	SÖWA ALOIS	Alois Söwa
4	OSWALD LOMER	Lomer Oswald
5	ANTON RESCHI	Anton Reschi
6	DISSERTONI WALTER	Walter Dissertoni
7	Gantioler Konrad	Konrad Gantioler
8	Anrather Karl	Karl Anrather
9	SPITALER MARGIT	Margit Spitaler
10	GAMPER JOHANN	Johann Gamper
11	Bauer Peter	Peter Bauer
12	BLAAS Elisabeth	Elisabeth Blaes
13	HARTMUTSCH HELENE	Helene Hartmutsch
14	Pöter Johannes Josef	Johannes Pöter
15	Prinotz Paul	Paul Prinotz
16	Helmut Gasser	Helmut Gasser
17	RAMMACK HANKE	Hanke Rammack
18	Senoner Guido	Guido Senoner
19	Tschakal Peter	Peter Tschakal



Wider San 16

Verein Südtiroler Herzstiftung onlus • Associazione Fondazione Cuore Alto Adige onlus
c/o Salus Center • Prissian/o 75 • I-39010 Tisens/Tesimo (BZ) • St.Nr./Cod.fisc. 91042800218

Verwaltung/Amministrazione: Via Josef-Weingartner-Str. 2 - 39022 Algund/Lagundo
Tel. +39 0473 270433 • email: info@herzstiftung.org

Bankverbindungen/Coordinate bancarie: Raika Landesbank: IT 02 J 03493 11600 000300037290
Raika Algund: IT 91 T 08112 58460 000300269000 - Raika Lana: IT 98 A 08115 58490 000301365193



Südtiroler Herzstiftung
Fondazione Cuore Alto Adige
Verein Onlus Associazione

www.herzstiftung.org
www.fondazionecuore.org

20	PARATONIA RENATO	Roberto Parat
21	Brunner	Maggiolino Brunel
22	ERB Val	Erber
23	WIDEGGER HANSJÖRG	H. Widegger
24	Ing. Gerhard	Ing. Gerhard
25	Wolfgang	Wolfgang
26	Herbert	Herbert
27	CLAUDIA PELLEGRIN	Claudia
28	MIXRHOER MICHAEL	Mixrhoer
29	PITSCHER WALTER	Pitscher
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		
37		
38		
39		
40		
41		
42		



Walter

Roberto

Verein Südtiroler Herzstiftung onlus • Associazione Fondazione Cuore Alto Adige onlus
c/o Salus Center • Prissian/o 75 • I-39010 Tisens/Tesimo (BZ) • St.Nr./Cod.fisc. 91042800218

Verwaltung/Amministrazione: Via Josef-Weingartner-Str. 2 - 39022 Algund/Lagundo
Tel. +39 0473 270433 • email: info@herzstiftung.org

Bankverbindungen/Coordinate bancarie: Raika Landesbank: IT 02 J 03493 11600 000300037290
Raika Algund: IT 91 T 08112 58460 000300269000 - Raika Lana: IT 98 A 08115 58490 000301365193

Südtiroler
Sanitätsbetrieb
Azienda Sanitaria
dell'Alto Adige
Azienda Sanitaria di Südtirol

 Raiffeisen

Satzung Verein Südtiroler Herzstiftung EO

Art. 1 – Bezeichnung

Der „Verein SÜDTIROLER HERZSTIFTUNG EO“, in italienischer Bezeichnung „**Associazione FONDAZIONE CUORE ALTO ADIGE ODV**“, im folgenden Herzstiftung benannt, ist ein anerkannter Verein des Privatrechts mit Rechtspersönlichkeit im Sinne des Art. 14 und folgender des italienischen Zivilgesetzbuchs, sowie eine ehrenamtliche Organisation. In jeder Bezeichnung, jedem Identifikationszeichen und jeder Mitteilung an die Öffentlichkeit hat der Verein Gebrauch des Begriffs „Ehrenamtliche Organisation“ oder des deutschen Akronyms „EO“ bzw. „organizzazione di volontariato“ oder des italienischen Akronyms „ODV“ zu machen.

Art. 2 – Sitz

Der Verein hat seinen Sitz in Prissian Nr. 75, 39010 Tisens (Bz), Salus Center. Der Verwaltungssitz wird in der Josef-Weingartner-Straße Nr. 2 in 39022 Algund (BZ) angesiedelt. Die Verlegung des Sitzes und des Verwaltungssitzes innerhalb der Gemeinde kann mit Beschluss des Verwaltungsrates oder der Vollversammlung erfolgen ohne dass eine Satzungsänderung notwendig ist.

Art. 3 – Absicht und Zweck

Der Verein verfolgt bürgerchaftliche, solidarische und gemeinnützige Zielsetzungen und hat keine Gewinnabsicht. Die Tätigkeit wird überwiegend in ehrenamtlicher Form erbracht. Alle Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.

Die Ämter im Verein werden ehrenamtlich ausgeübt. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind jene Mitglieder des Kontrollorgans, welche über die beruflichen Voraussetzungen laut Art. 2397 Abs. 2 ZGB verfügen.

Der zentrale Zweck des Vereins ist die Entwicklung, Verwirklichung und Förderung von Maßnahmen zur Aufklärung über Gefahren von Herz – und Kreislaufkrankheiten, sowie zu deren Vorbeugung und Behandlung bei der Bevölkerung in Südtirol. Um dieses Ziel zu erreichen, übt der Verein hauptsächlich die folgenden, in Art. 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 117/2017 normierten Tätigkeiten von allgemeinem Interesse aus:

- a) Gesundheitsmaßnahmen und -leistungen;
- b) Soziale und gesundheitliche Leistungen gemäß Dekret des Präsidenten des Ministerrates vom 14. Februar 2001, veröffentlicht im Amtsblatt vom 6. Juni 2001, Nr. 129, in geltender Fassung;
- c) Erziehung, Unterricht und berufliche Fortbildung gemäß dem Gesetz vom 28. März 2003, Nr. 53 in seiner geltenden Fassung, sowie kulturelle Tätigkeiten von sozialem Interesse für Bildungszwecke;
- d) Organisation und Ausübung von kulturellen, künstlerischen oder Freizeitaktivitäten von sozialem Interesse, einschließlich Verlagstätigkeiten zur Förderung und Verbreitung der Kultur und Praxis der ehrenamtlichen Tätigkeit und Tätigkeiten von allgemeinem Interesse;
- e) Organisation und Ausübung von touristischer Aktivitäten von sozialem, kulturellem oder religiösem Interesse;
- f) Sozialmaßnahmen und -dienste gemäß Artikel 1, Absätze 1 und 2 des Gesetzes vom 8. November 2000, Nr. 328 in geltender Fassung, sowie Maßnahmen, Dienste und Leistungen gemäß dem Gesetz vom 5. Februar 1992, Nr. 104 und dem Gesetz vom 22. Juni 2016, Nr. 112 in geltender Fassung;
- g) Organisation und Ausübung von Amateursportaktivitäten;
- h) wissenschaftliche Forschung von besonderem gesellschaftlichen Interesse;
- i) instrumentelle Dienstleistungen zugunsten von Körperschaften des dritten Sektors, die von

Körperschaften erbracht werden, von denen mindestens siebenzig Prozent dem dritten Sektor angehören;

- j) Soziale Unterkünfte im Sinne des Dekrets des Ministeriums für Infrastruktur vom 22. April 2008 in geltender Fassung und jede andere vorübergehende Wohnmöglichkeit, die darauf abzielt, den sozialen, gesundheitlichen, kulturellen, Bildungs- oder Berufsbedarf zu decken.

Der Verein kann sich jeglicher, vom Gesetz zugelassener Form, an anderen bestehenden oder zu gründenden Vereinen und Institutionen, welche gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen oder mit diesen zusammenarbeiten. Der Verein kann im Rahmen des Vereinszweckes Mobilien und Immobilien kaufen und verkaufen, Servituten errichten, Hypotheken aufnehmen, Realrechte erwerben, veräußern oder darauf verzichten und überhaupt alle Rechtsgeschäfte durchführen, die zur Erreichung des Vereinszweckes erforderlich sind.

Dem Verein ist es untersagt, andere Tätigkeiten als die oben genannten auszuüben, mit Ausnahme jener, die direkt damit verbunden sind. Dem Verein ist es daher auch im Sinne von Art. 6 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 117/2017 gestattet, weitere Tätigkeiten auszuüben, die sekundär und instrumentell zu den im allgemeinen Interesse ausgeübten, vorstehend angeführten Haupttätigkeiten sind. Die Entscheidung, welche weiteren Tätigkeiten ausgeübt werden, steht dabei dem Verwaltungsrat des Vereins zu.

Art. 4 – Finanzierung

Für den Unterhalt und die Entwicklung der Tätigkeiten des Vereins sind Finanzierungen und Beiträge der öffentlichen Hand und von privaten Trägern, sowie Schenkungen und Hinterlassenschaften von Gütern unbeweglicher und beweglicher Art bestimmt, die ihm, gleich aus welchem Rechtsgrund, von öffentlichen oder privaten Rechtspersonen zugewandt werden. Auch aus Teilnahmegebühren, Veranstaltungen und anderen vereinsimmanenten Tätigkeiten kann sich der Verein finanzieren.

Art. 5 – Vermögen und Mitgliedsbeiträge

Das Vermögen des Vereins besteht aus den beweglichen und unbeweglichen Gütern, welche ihm in jeglicher Form zukommen, aus den Spenden und den Beiträgen von öffentlichen oder privaten Körperschaften oder Privatpersonen, aus den erwirtschafteten Überschüssen, sowie aus den von den Mitgliedern entrichteten Aufnahmegebühren und Mitgliedsbeiträgen. Die Verwendung sämtlicher Mittel des Vereins, inklusive möglicher Überschüsse, erfolgt ausschließlich zur Verfolgung der im Art. 3 genannten institutionellen Zwecke und Ziele und zur Ausübung der von der Satzung vorgesehenen Tätigkeiten.

Die Mitglieder haben bis Ende März eines jeden Jahres den Mitgliedsbeitrag zu entrichten, dessen Höhe ebenso wie die Höhe der einmaligen Aufnahmegebühr durch den Verwaltungsrat beschlossen wird.

Die Verwendung sämtlicher Mittel des Vereins, inklusive möglicher Überschüsse, erfolgt ausschließlich zur Verfolgung der im Art. 3 genannten institutionellen Zwecke und Ziele. Während der Dauer des Bestehens des Vereins dürfen sein Vermögen und die erwirtschafteten Überschüsse nicht unter den Mitgliedern verteilt werden. Dies gilt auch für eventuelle Reserven, vorbehaltlich der durch das Gesetz vorgesehenen Bestimmungen. Der Beitritt zum Verein erfordert von den Mitgliedern keine Verpflichtung zu weiteren Einzahlungen zusätzlich zur Beitrittsgebühr und des jährlichen Mitgliedbeitrages. Den Mitgliedern steht es jedoch frei, weitere Beiträge in Form von Gütern oder Einzahlungen zu leisten.

Alle zusätzlichen Beiträge in das Vermögen gelten als verlorene Zuschüsse und können in keinem Fall zurückverlangt werden; auch nicht im Falle der Auflösung des Vereins.

Art. 6 – Mitglieder

Mitglieder sind italienische oder ausländische Staatsbürger, sowie juristische Personen und Kör-

perschaften, welche nach den Bestimmungen dieser Satzung dem Verein beitreten.

Weder die Mitgliedschaft noch die Beitrittsgebühr und die Mitgliedsbeiträge sind übertragbar. Die Mitgliedschaft im Verein ist unbefristet, wobei das Recht auf Rücktritt unbeschadet bleibt. Zum Erwerb der Mitgliedschaft bedarf es einer schriftlichen Anfrage an den Verwaltungsrat, der über die Aufnahme oder Verweigerung zu entscheiden hat. Die neu aufgenommenen Mitglieder werden in das Mitgliederregister eingetragen. Der Beitritt zum Verein (nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat) und die Eintragung in das Mitgliederregister bewirken für das volljährige Mitglied das Stimmrecht in der Vollversammlung, sowie das Recht, effektiv am Geschehen des Vereins teilzunehmen.

Bei Nichtaufnahme wird dem Antragsteller die Begründung der Nichtaufnahme schriftlich mitgeteilt. Sollte dem Aufnahmeantrag durch den Verwaltungsrat nicht stattgegeben werden, kann der Antragsteller innerhalb einer Frist von 60 Tagen ab der Mitteilung der Ablehnung beantragen, dass die Vollversammlung über den Antrag befindet. Diese beschließt über die abgewiesenen Anträge anlässlich ihrer nächsten Einberufung, wenn sie hierfür nicht eigens einberufen wird.

Der schriftliche Antrag um Mitgliedschaft muss die Erklärung des Mitgliedes enthalten, diese Satzung zu kennen und anzunehmen und die von den Vereinsorganen rechtsgültig gefassten Beschlüsse zu beachten.

Die Aufnahme als Mitglied erfolgt über die einzelnen Sektionen, oder direkt über den Verwaltungsrat, gemäß dessen Geschäftsordnung.

Art. 7 – Rechte und Pflichten der Mitglieder

Jedes Mitglied hat die gleichen Rechte und Pflichten:

- a) das Recht an den Vollversammlungen mit Stimmrecht teilzunehmen und Anträge zu stellen;
- b) das aktive und passive Wahlrecht;
- c) das Recht, am Sitz des Vereins in die Vereinsbücher Einsicht zu nehmen, indem es einen schriftlichen und begründeten Antrag unter Angabe der einzusehenden bücherlichen Einträge an den Verein richtet. Der Verwaltungsrat hat über diesen Antrag im Rahmen seiner unmittelbarsten nach dem Einlangen des Antrages stattfindenden Sitzung zu befinden, und der Präsident hat den Beschluss innerhalb von zehn Tagen umzusetzen;
- d) ab Eintragung ins Mitgliederregister des Vereins ein Stimmrecht in der Vollversammlung;
- e) das Recht zur Teilnahme an allen Veranstaltungen des Vereins;
- f) Die ordentlichen Mitglieder haben die Pflicht, das Ansehen und die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Schaden erleiden könnten. Sie haben die Vereinssatzung und die Beschlüsse der Vereinsorgane einzuhalten und die Mitgliederbeiträge in der vom Verwaltungsrat vorgesehener Art und im vorgesehenen Zeitraum pünktlich zu entrichten.

Art. 8 – Erlöschen der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft im Verein erlischt:

- a) Im Todesfall;
- b) Im Fall eines freiwilligen Austritts, welcher vom Mitglied mit eingeschriebenem Brief mindestens ein Monat vorher dem Verein mitgeteilt werden muss;
- c) Durch Nichtbezahlung des Jahresmitgliedsbeitrags, wobei in der schriftlichen Mahnung auf die Rechtsfolge des Verlustes der Mitgliedschaft hinzuweisen ist;
- d) Durch Ausschluss. Der Ausschluss eines Mitgliedes ist vom Verwaltungsrat mit einer Zweidrittelmehrheit zu beschließen und erfolgt, wenn das Mitglied die Satzung oder die Beschlüsse der Vereinsorgane missachtet oder dem Ruf und dem Ansehen des Vereins absichtlich schweren Schaden zufügt. Der Beschluss über Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied schriftlich bekanntzugeben. Im Falle von Ausschluss kann das Mitglied innerhalb einer Frist von 15 Tagen ab der Mitteilung des Ausschlusses beim Verwaltungsrat mittels Einschreiben mit Rückantwort beantragen, dass die Vollversammlung

über den Ausschluss befindet. In diesem Fall ist die Vollversammlung innerhalb von 30 Tagen einzuberufen.

Art. 9 – Organe

Die Organe des Vereins sind:

- a) Die Vollversammlung
- b) Der Verwaltungsrat
- c) Das Kontrollorgan
- d) Der wissenschaftliche Beirat

Der Verwaltungsrat hat die Möglichkeit ein Kuratorium und andere Organe zu gründen. Diese Organe üben ausschließlich eine beratende Funktion aus.

Art. 10 – Einberufung der Vollversammlung

Die Vollversammlung tagt als ordentliche oder außerordentliche Versammlung.

Die ordentliche Vollversammlung wird vom Präsidenten des Verwaltungsrates mindestens einmal pro Jahr, spätestens innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres einberufen.

Weitere Vollversammlungen sind vom Verwaltungsratspräsidenten immer dann einzuberufen, wenn dies unter Benennung der Tagesordnungspunkte schriftlich beantragen:

- a) der Verwaltungsrat,
- b) das Kontrollorgan im Rahmen seiner Zuständigkeit,
- c) mindestens ein Zehntel der Mitglieder.

Die Einberufung ist schriftlich, unter Angabe der Tagesordnung, des Datums, der Uhrzeit und des Ortes der Versammlung mindestens fünfzehn Tage vor dem Sitzungstag an die Mitglieder zu versenden. Die Vollversammlung in zweiter Einberufung kann auch am selben Tag erfolgen, deren Beginn muss aber mindestens eine Stunde später angesetzt werden.

Die Vollversammlung kann auch außerhalb des Sitzes des Vereins abgehalten werden.

Art. 11 – Aufgaben der Vollversammlung

Die ordentliche Vollversammlung ist zuständig für:

- a) Die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und deren Abwahl;
- b) Die Wahl der Mitglieder des Kontrollorgans und deren Abwahl;
- c) Die Genehmigung des Jahresabschlusses und soweit erstellt, der Bilanz, sowie der Sozialbilanz;
- d) Die Genehmigung des Haushaltsvoranschlages;
- e) Die Genehmigung des Tätigkeitsberichtes;
- f) Die Beschlussfassung zur Verantwortung der Mitglieder der Vereinsorgane und Ausübung der Haftungsklage diesen gegenüber;
- g) Den Beschluss über den Einspruch des Nichtaufnahmebeschlusses des nicht aufgenommenen Mitglieds gemäß Art. 6 dieser Satzung;
- h) Den Beschluss über den Einspruch des Ausschlussbeschlusses des ausgeschlossenen Mitglieds gemäß Art. 8 dieser Satzung;
- i) Die Genehmigung der vom Verwaltungsrat vorbereiteten Geschäftsordnung des Vereins;
- j) Die Beschlussfassung zu allen anderen Fragen, für die die Vollversammlung laut Gesetz, Gründungsakt oder Satzung zuständig ist;

Die außerordentliche Vollversammlung ist zuständig für:

- a) Satzungsänderungen;
- b) Beschlussfassung zur Auflösung, Umwandlung, Fusion und Spaltung des Vereins und Verwendung des Vermögens im Falle von Auflösung gemäß Art. 23 dieser Satzung.

Art. 12 – Teilnahmerecht und Beschlüsse der Vollversammlung

Jedes Mitglied hat eine Stimme. An der Vollversammlung können alle Mitglieder teilnehmen, die ihre Aufnahmegebühr und den jährlichen Mitgliedsbeitrag ordnungsgemäß entrichtet haben.

Die Vollversammlung in erster Einberufung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. In zweiter Einberufung ist die Vollversammlung bei jeder Anzahl von Anwesenden beschlussfähig.

Als ordentliche Vollversammlung beschließt sie mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder, als außerordentliche mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder. Für die Auflösung des Vereins und die Zuweisung des Vermögens ist die Zustimmung von mindestens drei Viertel aller Mitglieder erforderlich.

Jedes Mitglied, dem das Teilnahmerecht an der Vollversammlung zusteht, kann sich durch schriftliche Vollmacht von einem anderen Mitglied vertreten lassen, ausgenommen von Mitgliedern des Verwaltungsrates, des Kontrollorgans und von Angestellten des Vereins. Jedes Mitglied kann höchstens bis zu zwei andere Mitglieder rechtsgültig vertreten. Die Mitwirkung juristischer Personen und Körperschaften erfolgt durch ihre gesetzlichen Vertreter oder Bevollmächtigten.

Art. 13 – Durchführung der Vollversammlung

Der Präsident des Verwaltungsrates führt den Vorsitz in den Vollversammlungen. Bei seiner Abwesenheit oder Verhinderung führt das älteste anwesende Mitglied des Verwaltungsrates den Vorsitz.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden ernennt die Vollversammlung einen Schriftführer und bei Bedarf mindestens zwei Stimmzähler.

Die Beschlüsse der Vollversammlung gehen aus einem vom Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichneten Protokoll hervor. Jedes Mitglied hat das Recht, am Sitz des Vereins in die Protokolle einzusehen.

Art. 14 – Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens fünf und höchstens dreizehn Personen und wird von der Vollversammlung für fünf Jahre gewählt. Die Mehrheit des Verwaltungsrates muss aus Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates können wieder gewählt werden.

Der Verwaltungsrat ist das Leitungsorgan des Vereins. Ihm obliegt die ordentliche und außerordentliche Geschäftsführung, weiteres erstellt er die Jahres – und Mehrjahrespläne sowie den Haushaltsvoranschlag, die Bilanz bestehend aus der Vermögenssituation, der Erfolgsrechnung und dem Anhang. Außerdem erstellt er den Lagebericht, in dem über die verfolgten Aktivitäten der Geschäftsführung zur Erreichung des Vereinszweckes zu berichten ist.

Der Verwaltungsrat ist zuständig für:

- a) Die Verwaltung des Vereins;
- b) Die Wahl des Präsidenten und dessen Stellvertreters;
- c) Entscheidung über Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern;
- d) Abfassung der Jahresabschlussrechnung, des Haushaltsvoranschlages und falls vorgesehen der Sozialbilanz;
- e) die Erstellung der Geschäftsordnung des Vereins;
- f) die Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages;
- g) die Genehmigung des Jahresprogrammes;
- h) die Ausarbeitung von Vorschlägen und Anträgen an die Vollversammlung;
- i) Festlegen der etwaigen weiteren Tätigkeiten im Sinne von Art. 3 dieser Satzung;
- j) und beschließt jede andere, die Ausübung der Tätigkeit des Vereins betreffende Frage, wel-

che durch dieser Satzung nicht anderen Organen zugewiesen ist.

Die Sitzungen des Verwaltungsrates finden am Sitz des Vereins statt, und zwar immer dann, wenn der Präsident dies für notwendig erachtet oder dies die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder oder das Kontrollorgan schriftlich beantragen.

Die Einberufung des Verwaltungsrates erfolgt durch den Präsidenten in schriftlicher Form und ist in der Regel fünf Tage vor dem Sitzungsdatum unter Bekanntgabe von Tagesordnung, Versammlungsort, Tag und Uhrzeit zu versenden. Die Aufnahme weiterer, zu Beginn der Sitzung mündlich vorgetragener Tagesordnungspunkte ist bei Zustimmung aller Anwesenden zulässig.

Der Verwaltungsrat ist bei Anwesenheit der Mehrheit der Verwaltungsräte einschließlich des Präsidenten oder seines Stellvertreters beschlussfähig und beschließt mit absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen sich nicht an Beschlüssen beteiligen, welche Tätigkeiten betreffen, an denen sie persönlich oder ihre Angehörigen bis zum zweiten Grad interessiert sind. Die Beschlüsse werden im Protokoll festgehalten, das vom Präsidenten und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.

Nach Ablauf seiner Amtszeit bleibt der Verwaltungsrat zur Ausübung der ordentlichen Geschäftsführung bis zur Ernennung des neuen Verwaltungsrates im Amt, die anlässlich der ersten darauffolgenden Vollversammlung zu erfolgen hat.

Legen die Hälfte oder mehr der Mitglieder des Verwaltungsrates ihr Amt nieder oder scheiden aus irgendeinem anderen Grund aus, verfällt der gesamte Verwaltungsrat. In diesem Fall ist unverzüglich die Vollversammlung zwecks Neuwahl aller Mitglieder des Verwaltungsrates einzuberufen.

Der Verwaltungsrat kann einen Teil seiner Befugnisse an einen Verwaltungsausschuss von maximal 5 Personen übertragen. Gleichzeitig mit der Ernennung setzt der Verwaltungsrat die entsprechenden Aufgaben in der Geschäftsordnung des Vereins fest.

Art. 15 – Präsident des Verwaltungsrates

Der Präsident des Verwaltungsrates ist der gesetzliche Vertreter des Vereins und wird durch den Verwaltungsrat aus dessen Mitte gewählt. Er vertritt den Verein gegenüber Dritten und vor Gericht, unabhängig von Art und Stufe der Gerichtsbarkeit.

Er erfüllt die ihm vom Gesetz oder durch die Satzung übertragenen Aufgaben durch Vollzug der Beschlüsse des Verwaltungsrates. Der Präsident des Verwaltungsrates hat den Vorsitz in der Vollversammlung und in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses.

Der Präsident kann unter den Mitgliedern des Verwaltungsrates einen Stellvertreter zur Vertretung im Falle der Verhinderung oder Abwesenheit bestimmen.

Der Präsident zeichnet unter anderen auch die Kooperationsverträge mit nationalen und internationalen Universitäten, Forschungseinrichtungen und allen Institutionen und Rechtspersonen, mit welchen der Verein in Beziehung tritt.

Art. 16 – Kontrollorgan und Rechnungsprüfung

Das Kontrollorgan, sofern es vom Gesetz vorgesehen ist, wird von der Vollversammlung nach der Festsetzung seiner Zahl (Einzelperson oder Kollegialorgan bestehend aus mindestens drei Mitgliedern) gewählt. Das Kontrollorgan bleibt fünf Jahre im Amt und kann wiedergewählt werden; es nimmt die vom Art. 30 des GvD 117/2017 vorgesehenen Aufgaben wahr.

Die beauftragte Einzelperson bzw. ein Mitglied des Kollegialorgans muss ein im entsprechenden Verzeichnis eingetragener Abschlussprüfer sein. Dieser führt die Abschlussprüfung, sofern die Kriterien laut Art. 31 GvD 117/2017 erfüllt werden, durch.

Die Vergütung für das Kontrollorgan wird mit Entscheidung der Vollversammlung anlässlich der Bestellung für die gesamte Dauer der Amtszeit festgelegt.

Art. 17 – Kuratorium

Der Verwaltungsrat kann ein Kuratorium bestellen.

Das Kuratorium besteht aus mindestens zehn ehrenamtlichen Mitgliedern. Es soll sich in ausgewogenem Verhältnis aus Vertretern von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und anderen Gebieten des öffentlichen Lebens zusammensetzen. Seine Mitglieder werden vom Verwaltungsrat für die Dauer von fünf Jahren vom Tag der Wahl an gerechnet gewählt. Jedes Mitglied des Kuratoriums bleibt bis zur Neuwahl dieses Gremiums im Amt. Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende. Die so Gewählten bilden das Präsidium des Kuratoriums.

Das Kuratorium hat die Aufgabe, den Verwaltungsrat zu beraten und ihm Vorschläge für die Geschäftsführung zu machen. Es unterrichtet sich durch die Entgegennahme regelmäßiger, mindestens jährlicher Berichte des Verwaltungsrates über die Angelegenheiten des Vereins. Seine Mitglieder können jederzeit vom Verwaltungsrat Auskunft über die Angelegenheiten des Vereins verlangen.

Zu den Sitzungen des Kuratoriums haben alle Verwaltungsratsmitglieder Zutritt und das Recht, an der Diskussion teilzunehmen. Ein Stimmrecht steht Ihnen nicht zu. Allen Verwaltungsratsmitgliedern ist die Tagesordnung zuzuleiten.

Der Verwaltungsrat gibt dem Kuratorium eine Geschäftsordnung.

Art. 18 – Der wissenschaftliche Beirat

Der Verwaltungsrat beruft einen wissenschaftlichen Beirat, der ihn bei der Mittelvergabe und bei allen medizinischen und wissenschaftlichen Fragen, die sich bei der Erfüllung der Satzungszwecke ergeben, zu beraten hat. Mitglieder können Wissenschaftler und Ärzte werden, die in hervorragender Weise auf dem Gebiet der Herz-Kreislauf-Erkrankung einschließlich der Grundlagenforschung tätig sind. Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates können vom Verwaltungsrat nach Anhörung des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats abberufen werden. Der Verwaltungsrat kann dem Wissenschaftlichen Beirat eine Geschäftsordnung geben.

Vorschlagsberechtigt für die Berufung in den Wissenschaftlichen Beirat sind Mitglieder des Verwaltungsrates und des Wissenschaftlichen Beirates. Über den Antrag entscheidet der Verwaltungsrat.

Der Wissenschaftliche Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Der Wissenschaftliche Beirat soll mindestens einmal jährlich zusammentreten und wird von seinem Vorsitzenden mit einer Frist von mindestens drei Wochen einberufen, wenn mindestens 20 Mitglieder dies schriftlich unter Angabe der Tagesordnung verlangen. Die Sitzungen sind ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig.

Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirates werden von dessen Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter geleitet. Sind beide verhindert, bestimmt der Wissenschaftliche Beirat aus seiner Mitte einen Versammlungsleiter. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt der Beschluss als nicht gefasst.

Zu den Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats haben alle Verwaltungsratsmitglieder Zutritt und das Recht, an der Diskussion teilzunehmen. Ein Stimmrecht steht ihnen nicht zu. Allen Verwaltungsratsmitgliedern ist die Tagesordnung zuzuleiten.

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind ehrenamtlich tätig. Ihnen dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats keine Vermögenswerte zugewendet werden.

Der Präsident des wissenschaftlichen Beirats nimmt mit Sitz und Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil.

Art. 19 – Die Sektionen oder Herzsportgruppen

Die Sektionen oder Herzsportgruppen sind lokale Untergliederungen der Herzstiftung. Für jede im Verein ausgeübte Sporttätigkeit kann eine Sektion gegründet werden. Die Gründung und Auflösung von Sektionen erfolgt mit Beschluss des Verwaltungsrates.

Die Sektionen haben keine eigene Satzung. Sie werden aufgrund der Bestimmungen dieser Satzung und den Richtlinien des Verwaltungsrates geregelt. Jede Sektion kann von eigenen Sektionsordnungen, die vom Verwaltungsrat bestätigt werden, geregelt werden.

Art. 20 – Die Sektionsleiter

Die Sektionsleiter werden von den Mitgliedern der jeweiligen Sektion, für die Dauer der Amtsperiode der Vereinsorgane, gewählt. Bei Neugründungen von Sektionen und in besonderen Ausnahmefällen kann der Verwaltungsrat die Sektionsleiter ernennen.

Die Sektionsleiter sind für die Belange der Sektion zuständig und haben ihre Tätigkeit nach den Weisungen und Beschlüssen des Verwaltungsrates aufzuführen. Die Sektionsleiter sind gegenüber den Organen des Vereins verantwortlich und auf Verlangen jederzeit zur Berichterstattung über die Tätigkeit verpflichtet.

Aufgrund besonderer Erfordernisse und Umfang der Tätigkeit, kann der Verwaltungsrat für die Sektion die Einsetzung eines zu wählenden Sektionsausschusses und die Anzahl der Mitglieder, beschließen.

Die Sitzungen der Sektionen werden vom Sektionsleiter, oder in besonderen Fällen vom Verwaltungsrat einberufen. Für die Einberufung, die Beschlussfähigkeit, die Beschlussfassung und das Abstimmungsverfahren sowie die Protokollierung und Beschlüsse finden die Bestimmungen dieser Satzung Anwendung, sofern von der Sektionsordnung nicht anders geregelt.

Die von den Sektionsleitern auf Vollmacht des Präsidenten abgeschlossenen Geschäfte sind Rechtsgeschäfte des Vereins, aus denen allein der Verein berechtigt und verpflichtet ist. Die Beschlüsse der Sektionen müssen dem Verwaltungsrat mitgeteilt werden und sind grundsätzlich erst auch Genehmigung durch den Verwaltungsrat rechtskräftig und durchführbar.

Art. 21 – Geschäftsjahr

Die Geschäftsjahre beginnen am 01. Januar und enden am 31. Dezember jeden Jahres.

Art. 22 – Haushalt und Jahresabschluss

Der Verwaltungsrat fasst den Haushaltsvoranschlag und den Jahresabschluss bestehend aus der Bilanz, der Gewinn – und Verlustrechnung und dem Anhang. Darüber hinaus wird ein Bericht zur Lage des Vereins und seiner Aktivitäten verfasst.

Der Jahresabschluss muss dem Kontrollorgan vom Verwaltungsrat zusammen mit dem Lagebericht mindestens dreißig Tage vor dem für die Vollversammlung zur Genehmigung des Jahresabschlusses festgesetzten Termins übermittelt werden.

Der Jahresabschluss muss zusammen mit dem Bericht des Verwaltungsrates und dem Bericht der Rechnungsprüfer während der fünfzehn der Vollversammlung vorausgehenden Tage, in Kopie am Sitz des Vereins hinterlegt werden, damit die Mitglieder darin Einsicht nehmen können.

Art. 23 – Auflösung

Die Auflösung des Vereins fällt in die Kompetenz der außerordentlichen Vollversammlung. Für die Auflösung des Vereins und die Zuweisung des Vermögens ist die Zustimmung von mindestens drei Viertel aller Mitglieder erforderlich. Die Vollversammlung bestimmt einen oder mehreren Liquidatoren und entscheidet an welche Körperschaft des Dritten Sektors die Übertragung des Vermögens des Vereins erfolgen muss. Wird nicht festgelegt, welche Körperschaft das Vermögen erhalten soll, fällt das gesamte Vermögen an die Stiftung „Italia Sociale“ mit Sitz in

Mailand.

Art. 24– Schlussbestimmung

Für alles was nicht ausdrücklich in der Satzung geregelt ist, finden die Bestimmungen des Kodex des Dritten Sektors (GvD 117/2017), des Zivilgesetzbuches und der anderen einschlägigen Rechtsnormen Anwendung.

Walter Sengler
G. V. 

STATUTO Associazione FONDAZIONE CUORE ALTO ADIGE ODV

Art. 1 – Denominazione

L'Associazione „Verein SÜDTIROLER HERZSTIFTUNG EO“, denominazione in italiano „**Associazione FONDAZIONE CUORE ALTO ADIGE ODV**“ di seguito denominata Associazione, è un'associazione riconosciuta ai sensi dell'art. 14 del Codice Civile Italiano e un'organizzazione di volontariato. L'Associazione dovrà utilizzare l'indicazione di "organizzazione di volontariato" o l'acronimo "ODV" negli atti, nella corrispondenza e nelle comunicazioni al pubblico, oppure l'indicazione in tedesco „Ehrenamtliche Organisation“ o l'acronimo tedesco „EO“.

Art. 2 – Sede

L'associazione ha sede a Prissiano Nr. 75, 39010 Tesimo (Bz), Salus Center. La sede amministrativa è istituita in via Josef Weingartner n. 2 in 39022 Lagundo (BZ). La modifica della sede legale ed amministrativa potrà avvenire con delibera del consiglio d'amministrazione o dell'assemblea degli associati senza necessità di modificare lo statuto.

Art. 3 – Oggetto e scopi

L'associazione persegue finalità civiche, solidaristiche e di utilità sociale e non ha fini di lucro. L'attività è svolta prevalentemente sotto forma di volontariato. Tutti gli associati operano come volontari e senza fine di lucro.

Ai componenti degli organi sociali, ad eccezione dei membri dell'organo di controllo, che siano in possesso dei requisiti di cui all'articolo 2397, secondo comma, del codice civile, non può essere attribuito alcun compenso. L'oggetto principale dell'associazione è la promozione di misure per l'informazione circa i pericoli di malattia dei sistemi cardiocircolatori, nonché la relativa prevenzione e terapia per la popolazione altoatesina. Per raggiungere tale scopo l'associazione svolge le seguenti attività di interesse generale ai sensi dell'art. 5 del D.lgs 117/2017 (Codice del terzo settore):

- a) interventi e prestazioni sanitarie;
- b) prestazioni socio-sanitarie di cui al decreto del Presidente del Consiglio dei ministri 14 febbraio 2001, pubblicato nella Gazzetta Ufficiale n. 129 del 6 giugno 2001, e successive modificazioni;
- c) educazione, istruzione e formazione professionale, ai sensi della legge 28 marzo 2003, n. 53, e successive modificazioni, nonché le attività culturali di interesse sociale con finalità educativa;
- d) organizzazione e gestione di attività culturali, artistiche o ricreative di interesse sociale, incluse attività, anche editoriali, di promozione e diffusione della cultura e della pratica del volontariato e delle attività di interesse generale di cui al presente articolo;
- e) organizzazione e gestione di attività turistiche di interesse sociale, culturale o religioso;
- f) interventi e servizi sociali ai sensi dell'articolo 1, commi 1 e 2, della legge 8 novembre 2000, n. 328, e successive modificazioni, e interventi, servizi e prestazioni di cui alla legge 5 febbraio 1992, n. 104, e alla legge 22 giugno 2016, n. 112, e successive modificazioni;
- g) organizzazione e gestione di attività sportive dilettantistiche;
- h) ricerca scientifica di particolare interesse sociale;
- i) servizi strumentali ad enti del Terzo settore resi da enti composti in misura non inferiore al settanta per cento da enti del Terzo settore;
- j) alloggio sociale, ai sensi del decreto del Ministero delle infrastrutture del 22 aprile 2008, e successive modificazioni, nonché ogni altra attività di carattere residenziale temporaneo diretta a soddisfare bisogni sociali, sanitari, culturali, formativi o lavorativi.

L'associazione può partecipare in ogni forma consentita dalla legge ad altre associazioni e istituti, esistenti o da costituire, che hanno scopi simili o uguali, o collaborare con gli stessi. Nell'ambito dei propri scopi l'associazione può acquistare e alienare beni mobili e immobili, costituire servitù ed ipoteche, acquistare, allineare e rinunciare a diritti reali, ed in genere compiere tutti i negozi necessari per il raggiungimento dell'oggetto dell'associazione.

L'associazione non è autorizzata a svolgere attività diverse da quelle elencate in precedenza, ad eccezione delle attività che siano strettamente collegate ad esse. Ai sensi dell'articolo 6 del D.lgs 117/2017 l'associazione può svolgere anche attività diverse da quelle di interesse generale a condizione che esse siano secondarie e strumentali a quelle di interesse generale e che siano svolte secondo i criteri e i limiti stabiliti dal Codice del terzo settore e dalle disposizioni attuative dello stesso. L'organo che determina quali attività diverse possano essere svolte dall'associazione è il consiglio di amministrazione.

Art. 4 – Finanziamento

Al finanziamento e allo sviluppo delle attività dell'associazione sono destinati: i finanziamenti e i contributi di enti pubblici e privati, le donazioni ed i lasciti di beni immobili e mobili, che eventualmente saranno assegnati all'associazione, per un qualsiasi motivo da enti pubblici o privati e da persone fisiche o giuridiche. Il finanziamento avviene anche tramite le quote d'iscrizione e tramite manifestazioni ed altre attività dell'associazione.

Art. 5 – Patrimonio

Il patrimonio dell'associazione è composto dai beni mobili e immobili ricevuti in qualunque forma, da donazioni o contributi di associazioni, di enti privati o pubblici o di persone private, dagli avanzi di bilancio, così come dalle quote d'iscrizioni e dai contributi annui versati dagli associati. Il patrimonio dell'associazione, comprensivo di eventuali ricavi, rendite, proventi, entrate comunque denominate è utilizzato per lo svolgimento dell'oggetto e dello scopo istituzionale previsto dall'art. 3 di questo statuto e per lo svolgimento dell'attività statutaria.

Gli associati devono versare il loro contributo annuo entro fine marzo di ogni anno. L'ammontare del contributo annuo come anche l'ammontare della quota d'iscrizione sono deliberati dal consiglio d'amministrazione.

L'impiego di tutti i mezzi dell'associazione, comprese le eventuali eccedenze di bilancio, avviene per l'esclusivo perseguimento degli scopi istituzionali e degli obiettivi stabiliti nell'art. 3.

Durante la vita sociale dell'associazione il suo patrimonio e le eventuali eccedenze di bilancio conseguite non possono essere distribuiti tra i soci. Lo stesso vale per le eventuali riserve di bilancio, fatto salvo le eccezioni previste dalla legge.

L'adesione all'associazione non richiede agli associati altri pagamenti aggiuntivi oltre alla quota d'iscrizione e al contributo annuo. Spetta liberamente all'associato di contribuire con altri apporti di beni o di denaro.

Tutti gli apporti supplementari al patrimonio dell'associazione valgono come contributo a fondo perduto e non possono in nessun caso essere restituiti nemmeno al momento dello scioglimento.

Art. 6 – Associati

Gli associati possono essere cittadini italiani o stranieri, nonché persone giuridiche ed enti, che aderiscono all'associazione secondo le disposizioni di questo statuto.

Non è consentita la cessione della qualità di associato, né della quota d'iscrizione, né del contributo annuo.

La qualità di associato è a tempo indeterminato, ma è fatto salvo il diritto di recesso.

L'adesione all'associazione (dopo l'approvazione del consiglio d'amministrazione) e l'iscrizione

nel libro degli associati, dà diritto al voto in assemblea agli associati maggiorenni e al diritto di partecipare alle attività dell'associazione.

In caso di non ammissione al richiedente dovranno essere comunicati i motivi della non-ammissione. Qualora la richiesta di ammissione sia negata da parte del consiglio di amministrazione, gli aspiranti soci possono presentare ricorso all'assemblea degli associati entro 60 giorni dal diniego, il quale deciderà in merito all'ammissione di nuovi soci nella sua prossima riunione qualora non sia nominata appositamente.

La richiesta di ammissione del socio dovrà contenere la dichiarazione di conoscere ed accettare i presenti statuti e di rispettare le deliberazioni degli organi dell'associazione. L'ammissione dei soci avviene attraverso le sezioni o direttamente tramite il consiglio d'amministrazione, secondo quanto previsto nel relativo ordinamento interno.

Art. 7 – Diritti e doveri degli associati

Tutti gli associati hanno gli stessi diritti e doveri:

- a) partecipare in assemblea con diritto di voto, compreso il diritto di fare richieste;
- b) il diritto di elettorato attivo e passivo;
- c) il diritto di esaminare i libri sociali. Al fine di esercitare tale diritto, l'associato deve presentare espressa domanda di presa di visione al consiglio d'amministrazione, il quale delibera entro il termine della successiva riunione. Il presidente dell'associazione provvede a mettere in atto la relativa delibera entro dieci giorni. La presa di visione è esercitata presso la sede dell'associazione;
- d) il diritto di voto all'assemblea dal momento di iscrizione nel libro degli associati;
- e) il diritto di partecipare a tutte le attività ed iniziative dell'associazione;
- f) il dovere di adottare comportamenti conformi allo spirito e alle finalità dell'associazione, tutelandone il nome, nonché nei rapporti tra gli associati e tra questi ultimi e gli organi sociali, rispettare lo statuto, gli eventuali regolamenti interni e le deliberazioni adottate dagli organi sociali, versare l'eventuale quota associativa nella misura e nei termini fissati annualmente dal consiglio d'amministrazione.

Art. 8 - Cessazione della qualità di associato

La qualità di associato si perde:

- a) In caso di morte;
- b) In caso di libere dimissioni (l'associato deve dare comunicazione di dimissione all'associazione almeno un mese prima con lettera raccomandata);
- c) In caso di mancato pagamento della quota associativa. La perdita della qualità di associato dovrà essere comunicata con sollecito scritto.
- d) In caso di esclusione. Il provvedimento di esclusione di un socio è pronunciato dal consiglio di amministrazione con la maggioranza di 2/3, qualora il socio non rispetti lo statuto e le deliberazioni adottate dagli organi sociali o qualora rechi gravi danni al nome e alla reputazione dell'associazione. Il provvedimento di esclusione deve essere motivato e comunicato per iscritto all'interessato. Contro di esso, l'associato escluso può proporre appello all'assemblea degli associati, entro e non oltre 15 (quindici) giorni dal ricevimento della comunicazione, mediante apposita istanza che deve essere inoltrata al consiglio d'amministrazione a mezzo di raccomandata. L'assemblea degli associati dovrà svolgersi entro 30 (trenta) giorni dalla data di ricevimento dell'istanza.

Art. 9 – Organico

Gli Organi dell'associazione sono:

- a) L'Assemblea degli associati
- b) Il Consiglio d'amministrazione

- c) L'Organo di controllo
- d) Il comitato scientifico

Il consiglio d'amministrazione ha la facoltà di costituire un curatorio e altri organi. Questi organi hanno solamente una funzione consultiva.

Art. 10 – Convocazione dell'assemblea degli associati

L'assemblea degli associati può essere ordinaria o straordinaria.

L'assemblea ordinaria viene convocata dal Presidente del consiglio d'amministrazione almeno una volta all'anno e non oltre quattro mesi dopo la chiusura dell'esercizio sociale.

Altre assemblee degli associati devono essere convocate dal Presidente del consiglio d'amministrazione, quando queste vengono richieste per iscritto con indicazione dei punti all'ordine del giorno:

- a) dal consiglio d'amministrazione,
- b) dall'Organo di controllo,
- c) da almeno un decimo degli associati.

La convocazione scritta con indicazione dell'ordine del giorno, della data, dell'ora e del luogo dell'assemblea deve essere spedita agli associati almeno quindici giorni prima della data della riunione. L'assemblea può essere tenuta in seconda convocazione nello stesso giorno, ma la sua convocazione deve avvenire almeno a distanza di un'ora.

L'assemblea può essere tenuta anche al di fuori della sede dell'associazione.

Art. 11 – Compiti dell'assemblea degli associati

E' competenza dell'assemblea ordinaria:

- a) l'elezione e la revoca dei membri del consiglio d'amministrazione;
- b) l'elezione e la revoca dei membri dell'organo di controllo;
- c) l'approvazione del bilancio d'esercizio e qualora previsto del bilancio sociale;
- d) l'approvazione del bilancio preventivo;
- e) l'approvazione del programma annuale di attività;
- f) deliberare sulla responsabilità dei componenti degli organi sociali e promuovere l'azione di responsabilità nei loro confronti;
- g) decidere sui ricorsi contro i provvedimenti di diniego di adesione dall'associazione ai sensi dell'art. 6 del presente statuto;
- h) decidere sui ricorsi contro i provvedimenti di esclusione dall'associazione ai sensi dell'art. 8 del presente statuto;
- i) approvazione del regolamento interno dell'associazione proposto dal consiglio d'amministrazione;
- j) deliberare su ogni altro argomento previsto dalla legge, dall'atto costitutivo o dallo statuto.

È competenza dell'Assemblea straordinaria:

- a) deliberare sulle proposte di modifica dello statuto;
- b) deliberare in merito allo scioglimento, trasformazione, fusione o scissione dell'associazione ed in merito all'utilizzo del rimanente patrimonio come previsto dall'art.23, del presente statuto.

Art. 12 – Costituzione dell'assemblea e validità delle delibere

Ogni associato ha diritto ad un voto. All'assemblea possono partecipare tutti gli associati che hanno corrisposto regolarmente la loro quota d'iscrizione ed il contributo annuo.

L'assemblea in prima convocazione delibera con la presenza di almeno la metà degli associati.

In seconda convocazione l'assemblea delibera con qualunque numero di associati presenti.

L'assemblea ordinaria delibera con la maggioranza semplice degli associati presenti. Quella

straordinaria invece delibera con la maggioranza di due terzi degli associati presenti. Per deliberare riguardanti lo scioglimento dell'associazione e in merito all'utilizzo del rimanente patrimonio è necessaria l'approvazione di tre quarti degli associati.

Ogni associato avente diritto alla partecipazione all'assemblea può farsi rappresentare attraverso una delega scritta da un altro associato, ad eccezione dei membri del consiglio d'amministrazione, dell'organo di controllo e dei dipendenti dell'associazione. Ogni associato può rappresentare legalmente al massimo altri due associati. La rappresentanza delle persone giuridiche e degli enti avviene attraverso il loro legale rappresentante o mandatario.

Art. 13 – Svolgimento dell'assemblea degli associati

Il presidente del consiglio d'amministrazione è anche presidente delle assemblee. In caso di sua assenza o impedimento, l'assemblea sarà presieduta dal consigliere più anziano presente.

Su proposta della presidenza, l'assemblea nomina un segretario e, se necessario, almeno due scrutatori.

Le delibere dell'assemblea vengono protocollate e debitamente firmate dal presidente e dal segretario. Ogni associato ha il diritto di prendere visione dei protocolli presso la sede dell'associazione.

Art. 14 – Il consiglio d'amministrazione

Il consiglio d'amministrazione è composto da almeno cinque e al massimo da tredici persone e viene eletto dall'assemblea degli associati per cinque anni. La maggioranza dei membri del consiglio d'amministrazione deve essere composta da soci dell'associazione. I membri del consiglio d'amministrazione possono essere rieletti.

Il consiglio d'amministrazione rappresenta l'organo direttivo dell'associazione. Spetta ad esso l'amministrazione e la gestione ordinaria e straordinaria e redige il piano annuale e pluriennale, il bilancio di previsione, il bilancio d'esercizio composto dallo stato patrimoniale, dal conto economico e dalla nota integrativa. Oltre a questo redige la relazione sulla gestione, nella quale riferisce sulle attività svolte per raggiungere lo scopo dell'associazione.

E' competenza del consiglio d'amministrazione:

- a) la gestione e l'amministrazione dell'associazione;
- b) nominare il presidente e il vicepresidente dell'associazione;
- c) decidere sulle domande di adesione all'associazione e sull'esclusione degli associati;
- d) redigere il bilancio di esercizio, il bilancio preventivo e se previsto il bilancio sociale;
- e) la redazione del regolamento interno dell'associazione;
- f) la determinazione dell'importo annuale della quota associativa;
- g) l'approvazione del programma annuale;
- h) l'elaborazione di proposte e richieste all'assemblea degli associati;
- i) deliberare l'eventuale svolgimento di attività diverse, e documentarne il carattere secondario e strumentale rispetto alle attività di interesse generale, come previsto dall'art. 3 del presente statuto;
- j) adottare ogni altro provvedimento per la gestione delle attività dell'associazione, che non sia attribuito dal presente statuto ad un altro organo.

Le riunioni del consiglio d'amministrazione si tengono presso la sede dell'associazione, ogni qualvolta il presidente lo ritenga necessario o quando la maggioranza del consiglio d'amministrazione o dell'organo di controllo lo richiedano in forma scritta.

Il consiglio d'amministrazione viene convocato dal presidente in forma scritta. La convocazione deve essere spedita cinque giorni prima della data della riunione con l'indicazione dell'ordine del giorno, della sede, della data e dell'ora. L'ammissione di altri punti all'ordine del giorno è consentita dopo la presentazione all'inizio della riunione e necessita del consenso di tutti presenti.

Il consiglio d'amministrazione è validamente costituito con la presenza della maggioranza dei

consiglieri, compreso il presidente o il suo sostituto e delibera con la maggioranza assoluta dei presenti.

I membri del consiglio d'amministrazione non possono prendere parte alle decisioni, che riguardano attività nelle quali sono coinvolti personalmente o sono coinvolti i loro parenti fino al secondo grado. Le delibere vengono trascritte su un protocollo, il quale viene firmato dal presidente e dal segretario.

Dopo la scadenza del suo mandato, il consiglio d'amministrazione rimane in carica per l'ordinaria amministrazione fino alla nomina del nuovo consiglio d'amministrazione, che deve avvenire in occasione della prima assemblea successiva.

Se almeno la metà dei membri del consiglio d'amministrazione si dimettono o recedono per qualsiasi altro motivo, automaticamente decade l'intero consiglio d'amministrazione. In questo caso è da convocare immediatamente l'assemblea per eleggere tutti i nuovi membri del consiglio d'amministrazione.

Il consiglio d'amministrazione può delegare una parte dei suoi incarichi a un comitato esecutivo composto al massimo da 5 persone. Contemporaneamente alla sua nomina il consiglio d'amministrazione stabilisce i suoi compiti nel regolamento interno dell'associazione.

Art. 15 – Il Presidente del Consiglio d'amministrazione

Il presidente del consiglio d'amministrazione è il legale rappresentante dell'associazione e viene eletto dai membri del consiglio d'amministrazione del quale fa parte. Rappresenta l'associazione verso terzi ed in giudizio, indipendentemente dalla forma e istanza della giurisdizione.

Assolve i compiti a lui delegati dalla legge o dallo statuto eseguendo le delibere del consiglio d'amministrazione.

Il presidente del consiglio d'amministrazione presiede l'assemblea degli associati e le riunioni del comitato esecutivo.

In caso di suo impedimento o assenza il presidente nomina come suo rappresentante un vice-presidente fra i membri del consiglio d'amministrazione.

Il presidente firma fra l'altro anche i contratti di cooperazione con università nazionali ed internazionali, istituti di ricerca e con tutte le istituzioni e le persone con le quali l'associazione ha rapporti.

Art. 16 – Organo di controllo e revisione dei conti

L'organo di controllo, qualora previsto dalla legge, viene eletto dall'assemblea degli associati dopo la decisione in merito alla sua composizione (persona singola o organo collegiale formato da almeno tre membri). L'organo di controllo rimane in carica cinque anni e i suoi componenti sono rieleggibili ed esercita i compiti previsti dall'art. 30 del D.lgs. 117/2017.

La persona singola oppure un membro dell'organo collegiale deve essere iscritto al registro dei revisori legali dei conti. Nei casi previsti dall'art. 31 del D.lgs 117/2017 colui esercita anche la revisione legale dei conti. In occasione della nomina dell'organo di controllo l'assemblea degli associati definisce il compenso annuale, che sarà corrisposto all'organo di controllo per tutto il periodo della carica.

Art. 17 – curatorio

Il consiglio d'amministrazione può costituire un curatorio.

Il curatorio è composto da almeno dieci membri volontari. È composto in maniera equilibrata da rappresentanti di scienza, economia, politica e altri rami della vita pubblica. I suoi componenti sono eletti dal consiglio d'amministrazione per la durata di cinque anni dal giorno dell'elezione. Ogni membro rimane in carica fin'quando non si procede a nuove elezioni. Il curatorio elegge fra i suoi componenti un presidente ed uno o più vicepresidenti. Tali persone costituiscono la presidenza del curatorio.

È compito del curatorio di dare consulenza al consiglio d'amministrazione e di fare proposte per la gestione dell'associazione. Si informa circa l'attività dell'associazione tramite delle relazioni regolari, da stilarsi almeno una volta l'anno. I membri possono richiedere informazioni circa l'associazione.

I membri del consiglio d'amministrazione hanno il diritto di partecipare alle riunioni del curatorio e di intervenire nelle discussioni. Non hanno diritto di voto. Ai membri del consiglio d'amministrazione va trasmesso l'ordine del giorno.

Il consiglio d'amministrazione dà al curatorio un regolamento interno.

Art. 18 – Il comitato scientifico

Il consiglio d'amministrazione nomina un comitato scientifico, che fornisce la consulenza nella distribuzione dei contributi, nonché nelle questioni scientifiche e mediche, che potrebbero sorgere nello svolgimento degli atti associativi. Possono divenirne membri scienziati e medici qualificati nel campo delle malattie dei sistemi cardiocircolatori, inclusa la ricerca di base. I membri del comitato scientifico possono essere revocati dal consiglio d'amministrazione dopo aver sentito il presidente del comitato scientifico. Il consiglio d'amministrazione può emanare il regolamento interno del comitato scientifico.

Hanno diritto di proporre i membri del comitato scientifico sia i membri del consiglio d'amministrazione che e i membri del comitato scientifico stesso. Sulle nomine decide il consiglio d'amministrazione.

Il comitato scientifico elegge tra i suoi membri un presidente ed un suo sostituto. Rimangono in carica per cinque anni.

Il comitato scientifico è convocato almeno una volta l'anno dal presidente, con un periodo di preavviso di tre settimane. La convocazione è obbligatoria, qualora 20 associati ne facciano relativa richiesta, indicando contemporaneamente i punti dell'ordine del giorno da trattare. L'assemblea così costituita delibera senza necessità di alcun quorum.

L'assemblea del comitato scientifico è diretta dal presidente o dal suo sostituto. In caso di impedimento di entrambi, il comitato elegge fra i presenti colui che presiede la riunione. Per la delibera è necessaria la maggioranza dei voti. In caso di parità di voti la delibera non è ammessa.

All'assemblea del comitato scientifico sono ammessi tutti i membri del consiglio d'amministrazione, che possono partecipare alle discussioni, ma non hanno diritto di voto. Ai membri del consiglio d'amministrazione vanno comunicati i punti dell'ordine del giorno.

I membri del comitato scientifico svolgono la loro attività senza retribuzione. Essendo membri dell'associazione non possono ricevere valori patrimoniali alcuni. Eventuali spese sostenute sono rimborsabili.

Il Presidente del comitato scientifico partecipa con sede e con diritto di voto alle riunioni del consiglio d'amministrazione.

Art. 19 – Sezione o gruppi sportivi cardiaci

Le sezioni o gruppi sportivi cardiaci costituiscono articolazioni locali dell'associazione. Per ogni attività sportiva praticata può essere costituita una sezione all'interno della polisportiva. La costituzione di sezioni è deliberata dal consiglio d'amministrazione, che è anche competente per l'eventuale scioglimento delle stesse.

Le sezioni non dispongono di propri statuti. L'attività delle sezioni è regolata dalle norme del presente statuto nonché dalle direttive impartite dal consiglio d'amministrazione. Ogni sezione potrà essere disciplinata da un proprio regolamento interno confermato dal consiglio d'amministrazione.

Art. 20 – I capi sezione

I capi sezione vengono eletti dai soci delle rispettive sezioni per la stessa durata prevista per l'e-

lezione degli organi sociali. Nel caso di nuova costituzione e in casi eccezionali il capo sezione può essere nominato dal consiglio d'amministrazione.

I capi sezione hanno il compito di gestire e coordinare l'attività delle sezioni in base alle direttive e attribuzioni approvate dal consiglio d'amministrazione. I capi sezione sono responsabili del loro operato nei confronti degli organi sociali e dovranno a richiesta riferire al consiglio d'amministrazione.

In base a particolari esigenze e necessità, il consiglio d'amministrazione può autorizzare l'elezione di un consiglio di sezione, determinandone il numero dei componenti.

Le riunioni sono convocate dal capo sezione o in casi particolari dal presidente del consiglio d'amministrazione. Per quanto concerne la convocazione, la costituzione e le delibere delle riunioni di sezione si applicano le norme del presente statuto previste per il consiglio d'amministrazione, salvo che il regolamento di sezione preveda altro.

Gli atti e negoziati legali posti in essere ai capi sezione su delega del presidente, impegnano direttamente la polisportiva stessa. Prima di dare esecuzione alle delibere delle sezioni, queste devono essere comunicate al consiglio d'amministrazione per l'approvazione affinché possano avere effetti giuridici per l'associazione.

Art. 21 – Esercizio sociale

L'esercizio sociale inizia il primo gennaio e termina il 31 dicembre di ogni anno.

Art. 22 – Il preventivo e il bilancio d'esercizio

Il consiglio d'amministrazione redige il bilancio preventivo e il bilancio d'esercizio che si compone dallo stato patrimoniale, dal conto economico e dalla nota integrativa. Oltre a questo viene redatta una relazione sulla gestione dell'associazione e le sue attività.

Il bilancio d'esercizio deve essere sottoposto dal consiglio d'amministrazione all'organo di controllo assieme alla relazione sulla gestione almeno trenta giorni prima della data fissata per l'assemblea degli associati e la relativa approvazione.

Il bilancio d'esercizio deve essere depositato in copia assieme alla relazione del consiglio d'amministrazione ed alla relazione dell'organo di controllo almeno quindici giorni prima della data dell'assemblea degli associati, presso la sede dell'associazione in modo che gli associati ne possano prendere visione.

Art. 23 - Scioglimento

Lo scioglimento dell'Associazione è deciso dall'assemblea straordinaria con il voto favorevole di almeno tre quarti degli associati. L'Assemblea straordinaria che delibera lo scioglimento nomina anche uno o più liquidatori e delibera sulla destinazione del patrimonio residuo, il quale dovrà essere devoluto ad altri enti del Terzo settore o, in mancanza, alla Fondazione Italia Sociale con sede a Milano.

Art. 24 – Disposizioni finali

Per quanto non espressamente previsto nel presente Statuto, si applicano le norme previste dal Codice del Terzo settore (D.lgs 117/2017), del Codice civile e le altre norme giuridiche in materia.

